



# Amts-Blatt der Stadt Wiesbaden

und amtliches Publikationsorgan der Gemeinden: Schierstein, Sonnenberg, Rimbach, Naurod, Frauenstein, Bimbach u. v. a.  
Tägliche Beilage zum Wiesbadener General-Anzeiger.

Nr. 73.

Dienstag, den 26. März 1912.

27. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Bekanntmachung  
der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau  
für den Kreis Wiesbaden (Stadt).

§ 1245 ff. der Reichsversicherungsordnung.  
Für die nach der Reichsversicherungsordnung versicherungspflichtigen Personen im Kreis Wiesbaden (Stadt) sind für die Zeit vom 1. Januar 1912 ab, vorbehaltlich etwaiger anderweiter Befreiung, nachbezeichnete Wochenbeiträge zu entrichten, und zwar:

Für	Ein Wochenbeitrag der Lohnklasse				
	I	II	III	IV	V
von	Fl.	Fl.	Fl.	Fl.	Fl.

1. Mitglieder der gemeinf. Ortskrankenkasse zu Wiesbaden	16	—	—	—	—
§ 13 Mitgl.-Klasse I u. II	—	24	—	—	—
des " III	—	—	32	—	—
Sta- " IV u. V	—	—	—	40	—
tats " VI u. VII	—	—	—	—	48
1912 " VIII u. IX	—	—	—	—	—

2. Mitglieder der Betriebs-Krankenkasse für die bei dem Wegbau des Bezirksverbandes des Rheingebirges Wiesbaden beschäftigten Personen zu Wiesbaden.  
§ 16 des Statuts.

3. Mitglieder der Glaser-Jünngs-Krankenkasse zu Wiesbaden.	—	—	—	—	—
§ 13 Mitgl.-Klasse I u. II	—	—	—	—	48
des " III u. IV	—	—	—	—	40
Sta- " V	—	—	—	—	32
tats " VI	—	—	—	—	24

4. Mitglieder der Krankenkasse der Arbeiter-Jünngs zu Wiesbaden.  
§ 13 Mitgl.-Klasse I — | — | — | — | — || des " II u. III | — | — | — | — | 40 |
| Sta- " IV u. V | — | — | — | — | 32 |
| tats " VI | — | — | — | — | 24 |

5. Mitglieder der Krankenkasse der Arbeiter-Jünngs zu Wiesbaden.  
§ 13 Mitgl.-Klasse I — | — | — | — | — || des " II u. III | — | — | — | — | 40 |
| Sta- " IV u. V | — | — | — | — | 32 |
| tats " VI | — | — | — | — | 24 |

6. Mitglieder der Krankenkasse der Schuhmacher-Jünngs zu Wiesbaden.  
§ 13 Mitgl.-Klasse I — | — | — | — | — || des " II u. III | — | — | — | — | 40 |
| Sta- " IV u. V | — | — | — | — | 32 |
| tats " VI | — | — | — | — | 24 |

7. Mitglieder der Krankenkasse der Tapezierer-Jünngs zu Wiesbaden.  
§ 13 Mitgl.-Klasse I — | — | — | — | — || des " II u. III | — | — | — | — | 40 |
| Sta- " IV u. V | — | — | — | — | 32 |
| tats " VI | — | — | — | — | 24 |

8. Mitglieder der Jünngs-Krankenkasse für die Bäcker-Jünngs (freie Jünngs) zu Wiesbaden.  
§ 11 Mitgl.-Klasse I — | — | — | — | — || des " II u. III | — | — | — | — | 40 |
| Sta- " IV u. V | — | — | — | — | 32 |
| tats " VI | — | — | — | — | 24 |

9. Mitglieder der Jünngs-Krankenkasse für die Fuhrherrn-Jünngs zu Wiesb.  
§ 11 Mitgl.-Klasse I — | — | — | — | — || des " II u. III | — | — | — | — | 40 |
| Sta- " IV u. V | — | — | — | — | 32 |
| tats " VI | — | — | — | — | 24 |

10. Mitglieder der Jünngs-Krankenkasse der freien Konditor-Jünngs zu Wiesbad.  
§ 12 Mitgl.-Klasse I — | — | — | — | — || des " II u. III | — | — | — | — | 40 |
| Sta- " IV u. V | — | — | — | — | 32 |
| tats " VI | — | — | — | — | 24 |

11. Mitglieder der Jünngs-Krankenkasse für die Färber-, Stäffeler-, und Färber-Jünngs zu Wiesbaden.  
§ 11 Mitgl.-Klasse I — | — | — | — | — || des " II u. III | — | — | — | — | 40 |
| Sta- " IV u. V | — | — | — | — | 32 |
| tats " VI | — | — | — | — | 24 |

12. Mitglieder d. Betriebskrankenkasse der Firma Wiesbadener Scherff, Sohn u. Tiefbau in Wiesbaden.  
§ 5 Mitgl.-Klasse I 16 | — | — | — | — || des " II | — | 24 | — | — | — |
| Sta- " III | — | — | 32 | — | — |
| tats " IV | — | — | — | 40 | — |
| 1912 " V | — | — | — | — | 48 |

## Für

13. Mitglieder der Krankenkasse der Maschinenfabrik Wiesbaden. Gef. m. b. H. zu Wiesbaden (Donheim).  
§ 5 Mitgl.-Klasse I — | — | — | — | 48 || des " II | — | — | — | — | 40 |
| Sta- " III | — | — | — | — | 32 |
| tats " IV | — | — | — | — | 24 |

14. Mitglieder der Postkrankenkasse.  
Klasse I bei einem Tage-lohn bis einschl. 1.16 M. 16 | — | — | — | — || " II bei einem Tage-lohn von mehr als 1.16 M. bis einschl. 1.83 M. | — | — | — | — | — |
| " III bei einem Tage-lohn von mehr als 1.83 M. bis einschl. 2.83 M. | — | — | — | — | — |
| " IV bei einem Tage-lohn von mehr als 2.83 M. bis einschl. 3.83 M. | — | — | — | — | — |
| " V bei einem Tage-lohn über 3.83 M. | — | — | — | — | — |

15. Lehrer und Erzieher.  
a) mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 1150 M.  
b) mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1150 bis 2000 M.  
16. Hausbeamten (Kondamen, Hausknechte, Köche, etc.), so fern für diese Personen als Mitglieder eine Krankenkasse nicht etwa Beiträge einer höheren Lohnklasse zu entrichten sind.  
17. Die in der Landwirtschaft beschäftigten Betriebsbeamten.  
a) mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 850 M.  
b) mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 850 M. bis 1150 M. die Wochenbeiträge und zwar  
a) bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 1150 M.  
b) mit einem solchen von mehr als 1150 bis 2000 M.

18. Alle übrigen in Land und Forstwirtschaft beschäftigten Personen, welche keiner der vorgenannten Krankenkassen angehören:  
a) männlich  
b) weiblich.

19. Alle in sonstiger Weise beschäftigten Personen, sofern sie einer der vorgenannten Krankenkassen nicht angehören:  
a) erwachsene männl. Personen  
b) erwachs. weibliche Pers.  
c) Lehrlinge über 16 Jahre  
d) Lehrlinge über 16 Jahre.

Für diejenigen Personen, welche als Lohn oder Gehalt eine feste, für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre vereinbarte bare Vergütung erhalten, sind Beiträge derjenigen Lohnklasse zu entrichten, in deren Grenzen die bare Vergütung fällt, sofern diese Beiträge höher sind als die nach der vorstehenden Bekanntmachung maßgebenden.

Die Verwendung von Beitragsmarken einer höheren Lohnklasse — als gesetzlich vorgeschrieben — ist allgemein zulässig. Wenn zwischen dem Arbeitgeber und dem Versicherten die Versicherung in einer höheren Lohnklasse nicht ausdrücklich vereinbart ist, so ist der Arbeitgeber nur zur Leistung der Hälfte desjenigen Beitrags verpflichtet, welcher nach der vorstehen-

den Bekanntmachung für den Versicherten zu entrichten ist.

Zur richtigen und rechtzeitigen Verwendung der fälligen Beitragsmarken sind die Arbeitgeber verpflichtet. Rechtzeitig geschieht die Verwendung nur dann, wenn sie bei jeder Lohnzahlung und wenn keine Lohnzahlung stattfindet und der Lohn gestundet wird, bei Beendigung des Dienstverhältnisses oder spätestens am Schluss jeden Vierteljahres erfolgt. Den Arbeitgebern steht das Recht zu bei der Lohnzahlung den von ihnen beschäftigten Personen die Hälfte der Beiträge in Abzug zu bringen. Diese Abzüge dürfen sich jedoch höchstens auf die für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden entrichteten Beiträge erstrecken.

Findet die Beschäftigung einer versicherungspflichtigen Person nicht während der ganzen Beitragswoche bei demselben Arbeitgeber statt, so ist von demjenigen Arbeitgeber der volle Wochenbeitrag zu entrichten, welcher den Versicherten zuerst beschäftigt. Wurde dieser Verpflichtung nicht genügt und hat der Versicherte den Beitrag nicht selbst entrichtet, so hat derjenige Arbeitgeber, welcher den Versicherten weiterhin beschäftigt, den Wochenbeitrag zu leisten. Steht der Versicherte gleichzeitig in mehreren der Versicherungspflicht begründenden Arbeits- und Dienstverhältnissen, so haften alle Arbeitgeber als Gesamtschuldner für die vollen Wochenbeiträge. Die unterlassene Markenverwendung kann nicht damit entschuldigt werden, daß ein anderer Arbeitgeber, der den Versicherten vorher beschäftigt habe, zur Beitragsleistung verpflichtet gewesen sei. Versicherungspflichtige Personen sind befugt, die Beiträge anstelle der Arbeitgeber zu entrichten. Dem Versicherten, welcher die vollen Wochenbeiträge entrichtet hat, steht gegen den zur Entrichtung der Beiträge verpflichteten Arbeitgeber Anspruch auf Erstattung der Höhe des Beitrags zu, wenn die Marken vorchriftsmäßig entnommen sind.

Die Versicherungspflicht ist ausgedehnt auf die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Gehilfen u. Lehrlinge in Apotheken sowie Bäckereien und Orchestermitgliedern ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen, sofern ihr fester Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt. Lehrer u. Erzieher an öffentlichen Schulen oder Anstalten unterliegen der Versicherungspflicht nicht, so lange sie lediglich zur Ausbildung für ihren zukünftigen Beruf beschäftigt werden oder sofern ihnen eine Anwartschaft auf Pension im Betrage der geringsten Invalidenrente sowie auf Witwenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse und auf Pensionsrente gewährleistet ist. Die Mindestsätze sind 118 M. Invaliden-, 69.50 M. Witwen- und 34.90 M. Pensionsrente für eine Witwe und 26.65 M. für jede weitere Witwe.

Die Versicherungspflicht ergreift auch solche als Lehrer tätige Personen, welche aus dem Schuldengeld bei wechselnden Auftraggebern ein Gewerbe machen (selbständige Musiklehrer, Sprachlehrer usw.), und zwar auch dann, wenn sie den Unterricht in der eigenen Wohnung erteilen.

Folgende Personen sind befugt, freiwillig in die Versicherung einzutreten, solange sie das 40. Lebensjahr nicht vollendet haben (Selbstversicherung):  
1. Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen und sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, ferner Lehrer und Erzieher, sämtlich sofern ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt mehr als 2000 M., aber nicht über 3000 M. beträgt.

2. Gewerbetreibende und sonstige Betriebsunternehmer, welche nicht regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen, sowie Hausgewerbetreibende, sämtlich soweit noch durch Beschluß des Bundesrats die Versicherungspflicht auf sie erstreckt worden ist.

3. Personen, deren Arbeitsverdienst in freiem Unterhalt besteht, sowie diejenigen, welche nur vorübergehende Dienstleistungen verrichten und deshalb der Versicherungspflicht nicht unterliegen.

Versicherte, bei denen die Voraussetzungen für die Versicherungspflicht und Selbstversicherung aufgehoben, können die Versicherung freiwillig fortsetzen, sofern sie noch nicht dauernd erwerbsunfähig sind.

Die freiwillige Versicherung ist an die Entrichtung von Beiträgen einer bestimmten Lohnklasse nicht gebunden; hierbei steht vielmehr die Verwendung von Beitragsmarken zu 16, 24, 32, 40 und 48 Pfennig frei.

Zur Verwendung der Beitragsmarken auf Grund der Versicherungspflicht und sich daran anschließender Weiterversicherung sind gelbe und für die Selbstversicherung und deren Fortsetzung grüne Beitragsmarken zu verwenden.

Die aus der Versicherungspflicht sich ergebende Anwartschaft erlischt wenn während zweier Jahre nach dem auf der Beitragskarte verzeichneten Aufstellungszeit ein die Versicherungspflicht begründendes Arbeits- oder Dienstverhältnis oder die Weiterversicherung nicht oder in weniger als insgesamt 30 Beitragswochen bestanden hat. Bei der Selbstversicherung und ihrer Fortsetzung müssen zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft während der angegebenen 2 Jahre mindestens 40 Beiträge entrichtet werden.

Cassel, den 21. Dezember 1911.  
Der Vorstand:  
Niedel, Freiherr zu Eisenbach,  
Landes-Hauptmann.  
Wird veröffentlicht.  
Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die in der Bekanntmachung ent-

haltenen neuen Beitragsätze vom 1. Januar 1912 ab in Kraft treten.  
Wiesbaden, den 27. Dezember 1911.  
31109 Der Magistrat,  
Abteilung für Versicherungsachen.

## Bekanntmachung.

Die Herren Stadtordeordneten werden auf Freitag, den 29. März 1. Abn., nachmittags 4 Uhr, in den Bürgeraal des Rathauses zur Sitzung ergebnis eingeladen.

## Tagesordnung.

1. Bewilligung von 36700 M. für den Umbau der Parkstraße zwischen Bodendstraße und Aufammallee. Ver. Bau-A.
2. Desgl. von 10821 M. 57 Pf. für Instandsetzung des Rathauses, anlässlich der Neuverpachtung. Ver. Bau-A.
3. Projekt für den Umbau der Coulinsstraße von der Schützenhofstraße bis zur Weberstraße. Ver. Bau-A.
4. Desgl. für den Ausbau der Baldstraße zwischen Kar- und Platterstraße. Ver. Bau-A.
5. Festlegung der Dispositionsbedingungen für den Umbau an die Schiersteinerstraße. Ver. Bau-A.
6. Abänderung des Fluchtlinienplanes der Hofstraße zwischen Karstraße und Aufammallee. Ver. Bau-A.
7. Bewilligung von 4000 M. für Vertiefung spezialärztlicher Behandlung der Haut- und Geschlechtskrankheiten und für Geburtshilfe im städtischen Krankenhaus. Ver. Fin.-A.
8. Entelung von Gelände im Distrikt Stedersloß. Ver. Fin.-A.
9. Ankauf eines Grundstücks im Distrikt Aufamm. Ver. Fin.-A.
10. Neuwahl eines Armenpflegers für das 5. Quartier des 5. Armenbezirks.
11. Antrag des Magistrats, die Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Wiederbesetzung der seit Abgang des Beigeordneten Dr. Scholz unbesetzt gebliebenen Stelle eines Beigeordneten betreffend.
12. Bewilligung von 1050 M. für Instandsetzung des Hauses Geisbergstraße 13.
13. Nachbewilligung der bei dem Neubau der städtischen Oberrealschule am Bienenring eingetragenen Kreditüberziehung von 8300 M. 42 Pf.
14. Desgl. der bei dem Bau der Bedürfnisanstalt auf dem Mauritsplatz eingetragenen Kreditüberziehung von 3714 M. 85 Pf.
15. Beschaffung eines Kessels für die Heizanlage im Rathaus.
16. Nachträgliche Bewilligung von 378 M. für die Sanakensbekämpfung.
17. Verkauf städtischer Grundflächen an der Viktorienstraße und dem Kaiser Wilhelm Ring.

Wiesbaden, den 25. März 1912.  
34409 m. Der Vorsitzende  
der Stadtordeordneten-Versammlung.

## Bekanntmachung.

Bei der am 2. Dezember 1911 erfolgten 25. Verlosung des auf die 3/4%ige Stadtanleihe vom 1. Januar 1887 im Betrage von 1800000 M. wurden folgende Nummern gezogen:

Buchstabe A. a 200 M. Nr. 13 21 61 63 80	80 117 125 143 171 186 223 247 280 333
Buchstabe B. a 500 M. Nr. 10 41 77 96 107	124 148 184 205 242 277 300 301 315 353
Buchstabe C. a 1000 M. Nr. 24 57 77 98	123 141 163 190 230 248 285 305 343 353
Buchstabe D. a 2000 M. Nr. 11 34 73 81	110 165 188.

Diese Anleiheheine werden hiermit zur Rückzahlung auf den 1. Juli 1912 gekündigt, und es findet von da an eine weitere Verzinsung derselben nicht mehr statt. Die Rückzahlung erfolgt nach Wahl der Inhaber bei der Stadthauskasse hier, oder bei der Deutschen Reichsbank in Frankfurt a. M. in der nach dem Rückzahlungs-termin folgenden Zeit.

Rückstände aus früheren Verlosungen sind nicht vorhanden.  
Wiesbaden, den 15. Dezember 1911.  
Der Magistrat.

## Städtisches Versteig.

Die Geschäftsstunden im städt. Versteig sind wie folgt:  
Für Verkauf von Fändern und Versteigerungen von Fändern: vormittags 8 bis 10 Uhr und nachmittags 2 bis 5 Uhr.  
Für Auslösung von Fändern: vormittags 8 bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 5 Uhr (bezw. im Winter bis zum Eintritt der Dunkelheit).

Inbesondere bringen wir zur Kenntnis, daß Fänderheine nur noch während am Versteigerung, und wenn dieser ein Sonn- oder Feiertag ist, an dem vorhergehenden Versteigerung, in den obigen Geschäftsstunden verlängert werden können.

Am 1. und 2. Mittwoch jeden Monats ist das Versteig nachmittags für Verkauf und Auslösung geschlossen. In dieser Zeit, sowie auch außer der obengenannten Versteigerung, nehmen die Taxatoren die Versteigerungen in ihrer Wohnung entgegen und zwar:  
Goldbach etc.: Goldarbeiter Klee, Hofnagel 13.  
Kleider, Wäsche etc.: Schneidermeister Reisinger, Nauertstraße 14.  
Wiesbaden, den 24. November 1911. 31142  
Städtische Versteigerungsverwaltung.